

Protokollauszug

aus der
51. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit
und Soziales
vom 17.12.2013

öffentlich

**Top 4.1 Management Wohnen
13/SVV/0684
ungeändert beschlossen**

Frau Sudhoff bringt den Antrag ein und erläutert diesen. Sie macht dabei deutlich, dass es nur um Informationen über den Leerstand der entsprechenden Wohnungen geht.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass die Landeshauptstadt Potsdam hier keine Handlungsoption hat. Die Wohnungsunternehmen können nicht verpflichtet werden, behindertengerechten Wohnungsleerstand zu melden. Hierfür gibt es keine gesetzliche Grundlage. Es gibt ein sehr umfangreiches Beratungsangebot in der LHP. Hierfür gibt es die unterschiedlichsten Systeme.

Frau Müller-Preinesberger schließt sich dem Vorschlag von Frau Schulze an, den Antrag im Inklusionsgremium zu beraten. Sie weist darauf hin, dass für die Erstellung und Pflege von Datenbanken immer Mitarbeiter benötigt werden. Des Weiteren verweist sie, auf die große Vielfältigkeit in diesem Bereich hin. Sie verweist auch auf die Kriterien bei den Genossenschaften.

Herr Schmarje unterstützt die Aussage der Beigeordneten, hinsichtlich der Schwierigkeiten für eine Erstellung einer Datenbank zu „Barrierefreiem Wohnraum“ aufgrund der darin erforderlichen Differenzierung der unterschiedlichen Behindertenkriterien.

Frau Schulze bittet um Abstimmung über den vorliegenden Antrag.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Umsetzung des lokalen Teilhabepfandes die notwendigen Voraussetzungen für den Aufbau einer Managementstelle zur Koordinierung und Bereitstellung von Informationen zum Wohnungsbestand in Potsdam zur bedarfsorientierten Vermittlung von vorhandenem Wohnraum zu schaffen.

Ziel der Stelle soll die bedarfsgerechte Vermittlung von vorhandenem Wohnraum vor allem für Menschen mit Behinderung und für ältere Bürgerinnen und Bürger in Potsdam sein.

Die Stadtverordnetenversammlung soll in ihrer Sitzung am 29. Januar 2014 über den Stand der Vorbereitungen informiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	4

Somit wird der Antrag zum Beschluss empfohlen.